



## **Regionalversammlung gegen Rechtsextremismus**

Die Regionalversammlung des Regionalverbandes Saarbrücken ist sich der historischen Verantwortung bewusst, die mit Ihrem Sitz im Saarbrücker Schloss einhergeht. Eingedenk der Tatsache, dass das Schloss einst die regionale Zentrale des nationalsozialistischen Unterdrückungsapparates war, hatte die Regionalversammlung bereits am 5.2.2015 in ihrem Beschluss erklärt, dass von hier „nie wieder zu Hass und Verfolgung von Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, religiösen Überzeugung, sexueller Orientierung oder kulturellen Identität aufgerufen werden darf.“

Der Regionalverband Saarbrücken ist ein Ort der lebendigen Demokratie und der Weltoffenheit. Hier arbeiten tagtäglich demokratische Parteien und Initiativen, Wohlfahrtsverbände, Einrichtungen, Unternehmen, Gewerkschaften, Verwaltungen und ihre Mitarbeitenden an einer Verbesserung der Lebensumstände der hier lebenden Menschen.

Der im Rahmen des kürzlich bekannt gewordenen Geheimtreffens rechtsextremer Politiker, Ideologen und finanzkräftiger Einzelpersonen in der Nähe von Potsdam proklamierte Masterplan zur massenhaften Vertreibung von Zugewanderten und Menschen mit Migrationshintergrund ist menschenverachtend und trifft auf unseren entschiedenen Widerstand. Er ist mit dem Auftrag und Selbstverständnis des Regionalverbandes Saarbrücken nicht vereinbar.

Wir sehen es auch als unseren Auftrag an, allen hier lebenden Menschen Angebote zu ihrer gesellschaftlichen Integration zu machen. Dazu gehören die Aktivitäten der Fraktionen der Regionalversammlung ebenso wie die Arbeit der Verwaltung in Jugendhilfe, Schule, Volkshochschule, Jobcenter, Sozialhilfe, öffentlichem Gesundheitsdienst und Wirtschaftsförderung.

Wir teilen die eindeutigen Hinweise von Wirtschaftsvertretern auf die Notwendigkeit der Einwanderung qualifizierter Menschen aus dem Ausland und eines möglichst schnellen deutschen Spracherwerbs sowie der konsequenten Qualifizierung der hierher zugewanderten Menschen als relevanten Beitrag zur Behebung des Mangels an Arbeits- und Fachkräften. Wir unterstützen die entsprechenden Aktivitäten von Unternehmen, der Agentur für Arbeit und des Jobcenters zur zügigen Integration der Menschen in den Arbeitsmarkt. Insbesondere unterstützen wir mit voller Überzeugung das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, die für unsere Demokratie aktuell auf die Straße gehen.

Die Regionalversammlung wendet sich gegen jegliche Form von Rassismus und Extremismus. Wir sehen die Zukunft des Regionalverbandes nur in einer weltoffenen und toleranten Gesellschaft, die allen Menschen im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung die gleichen Chancen bietet, unabhängig von ihrem ethnischen, religiösen, sexuellen oder kulturellen Hintergrund.